

20 Sekunden

Austausch mit Ghana

BERN. Aussenminister Didier Burkhalter hat gestern seine ghanaische Amtskollegin Hanna Serwaa Tetteh in Bern zu einem Arbeitsbesuch empfangen. Dabei beschlossen die Minister, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verstärken. Dazu unterzeichneten die beiden eine Absichtserklärung. SDA

Vier Verletzte

STANS. Wegen eines Küchenbrands in einem Zweifamilienhaus in Stans mussten gestern mehrere Hausbewohner evakuiert und vier Personen ins Spital eingeliefert werden. Bei ihnen besteht der Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung. Die Brandursache ist noch unklar. SDA

SBB will Suizide verhindern

BERN. 140 vollendete Schienensuizide musste die SBB vergangenes Jahr verzeichnen. Bei 90 weiteren blieb es beim Versuch – oft mit schweren Folgen. Das sensible Thema will die SBB verstärkt angehen und versuchen, so viele Suizide wie möglich zu verhindern. 10 000 Mitarbeiter sollen geschult werden, um Personen, die in Not sind, ansprechen zu können. Auch Massnahmen im baulich-technischen Bereich werden geprüft. Ein Schienensuizid ist laut SBB-Chef Andreas Meyer vor allem für die unfreiwillig betroffenen Zeugen schlimm: «Es gibt Lokführer, die damit nicht fertigwerden.» NUM

«Ein Medien-Hype um einen Sturm im Wasserglas»

BERN. Kasachen haben für einen Vorstoss von Christa Markwalder bezahlt. Die FDP-Frau versteht den Wirbel darum nicht.

Frau Markwalder, der Chef der kasachischen Partei Ak Schol hat 7000 Franken für einen Vorstoss von Ihnen bezahlt. Sind Sie käuflich? Das ist absurd und wurde infamerweise von einigen Medien suggeriert. Ich habe diese Interpellation mit guten Absichten für die Verbesserung der Beziehung-

gen Schweiz-Kasachstan eingereicht. Kassiert hat allein die PR-Agentur. **Lassen Sie Ihre Vorstösse immer von anderen schreiben?** Natürlich nicht. In diesem Fall war es so, dass ich die Verwaltungsratspräsidentin der PR-Firma schon lange ken-

ne und sie mir einen Vorschlag unterbreitet hat, der mir seriös erschien. **Schon eine kurze Google-Suche stellt Ak Schol als regierungsnah und wenig glaubwürdig dar.** Kasachstan ist ein autokratisches Land. Da finden Sie nach fünfminütigem Googeln über alle, die sich engagieren und dem Regime nicht nach dem Mund reden, etwas Negatives. **Aber Sie verstehen, dass der Vorfall für Aufregung sorgt?** Es entsteht jetzt, zwei Jahre später, ein Medien-Hype um einen Sturm im Wasserglas. Die Medien sollten sich doch lieber auf die relevanten Geschäfte

konzentrieren. **Das heisst, Sie würden alles nochmals genauso machen?** Nein, wenn ich gewusst hätte, wer welchen Einfluss auf den Text genommen hat und wie viel die PR-Agentur dafür kassiert hat, hätte ich sicher anders gehandelt. FLORIAN MEIER



FDP-Nationalrätin Christa Markwalder würde heute anders handeln. KEYSTONE

DAS SAGEN DIE LESER

«Die ganze Sache ist nicht erstaunlich»

E. Alexander: Nichtwissen schützt vor Strafe nicht. Es ist schon unglaublich, wie naiv sich unsere politische Elite anstellt. Und das dürfte nur die Spitze des parlamentarischen Eisbergs sein.

Brandon: Ist sicher nicht die erste und letzte Politikerin, die das so gemacht hat hier in der Schweiz. Nur ist der Unterschied, dass bei den anderen nichts publik wurde.

Käas Mütsli: Ganz einfach: Lobbyismus muss verboten werden und die Parteikassen müssen offengelegt werden!

A. C.: Erstaunlich ist die ganze Sache nicht. Man könnte es im weitesten Sinne als Lobbying bezeichnen. Und dieses ist im Bundeshaus weit verbreitet.

7000 Franken Honorar für einen Vorstoss

BERN. 2013 reichte FDP-Nationalrätin Christa Markwalder einen Vorstoss ein, in dem sie den Bundesrat dazu aufforderte, zu den Beziehungen der Schweiz zu Kasachstan Stellung zu nehmen. Der eingereichte Text wurde aber nicht

von ihr selber verfasst, sondern von einer grossen PR-Agentur. Diese bekam dafür von einer kasachischen Partei 7000 Franken. Die «Neue Zürcher Zeitung» machte die Zahlung gestern publik. Der Vorfall sorgt bei Mark-

walders Parlamentskollegen für Stirnrunzeln. Von verschiedenen Seiten wird der Ruf nach mehr Transparenz laut. SVP-Nationalrat Lukas Reimann sagt: «Ich habe schon mehrmals versucht zu erreichen, dass Politiker offenlegen

müssen, von wem sie gesteuert werden.» Auch die Organisation Transparency International übt Kritik: «Dieser Vorfall zeigt einmal mehr, dass die aktuellen Offenlegungsvorschriften im Bereich des Lobbyismus ungenügend sind.» FLM

ANZEIGE

Wenn der Absacker unter dem Tisch endet.

Wie viel ist im Ausgang zu viel?

DIALOGWOCHE ALKOHOL
30. April – 9. Mai 2015
Aktionen in Ihrer Nähe

